t-online-Interview mit Julia Ruhs geführt von Janna Halbroth und Mauritius Kloft, vom 20.08.2025:
ARD-Journalistin Julia Ruhs: "Ich stehe zu meinen früheren Aussagen"

Zur Person:
Julia Ruhs (geboren 1994) ist Journalistin und Kolumnistin. Sie moderiert die ARD-Sendung "Klar – Was Deutschland bewegt" und schreibt regelmäßig für "Focus Online". Im August erscheint ihr Buch **‚Links-grüne Meinungsmacht'**.

Julia Ruhs lebt von klaren Kanten – und von der Provokation. Im t-online-Interview erklärt die Journalistin, warum sie vor allem linken Meinungen eine Dominanz zuschreibt, sich selbst aber als pragmatische Feministin sieht.
Ein Satz in einer Talkshow, ein Kommentar in einer Kolumne – und schon läuft die Debatte heiß. Wer heute eine klare Haltung zeigt, muss mit Gegenwind rechnen, oft auch weit über die Sachebene hinaus. Julia Ruhs kennt dieses Spiel. Sie weiß, wie schnell Zustimmung kippen kann, wenn eine Meinung nicht ins gängige Raster passt. Eine junge Journalistin, die beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk arbeitet, aber politisch konservativ ist, das Gendern vehement ablehnt. Sie weiß aber auch das zu nutzen, zu polarisieren.
Mit t-online spricht sie über den Preis offener Worte, die Rolle der Medien und darüber, warum sie sich selbst manchmal zurückhält.
t-online: Frau Ruhs, sehen Sie fehlende Meinungsfreiheit aktuell wirklich als das größte Problem für die Demokratie in Deutschland?
Julia Ruhs: Nein, das habe ich nie behauptet. Vom Staat aus betrachtet gibt es volle Meinungsfreiheit, niemand wird von Regierungsseite eingeschränkt. Allerdings gab es Einzelfälle, etwa Hausdurchsuchungen wegen ungeschickter Tweets. Da finde ich es übergriffig, wenn morgens um sechs die Polizei vor der Tür steht.
Sie spielen auf den Habeck-Tweet an. Ein Mann hatte Robert Habeck in einem Bild ‚Schwachkopf' genannt. Daraufhin zeigte Habeck ihn an, es folgte eine Hausdurchsuchung. Diese stand aber im Zusammenhang mit einem anderen Tweet, der womöglich den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllen könnte.

Korrekt. Was ich in meinem Buch aber meine, ist der soziale Druck.

Erklären Sie das bitte.

Viele glauben, bestimmte Meinungen nicht mehr äußern zu können, ohne massiv angegriffen zu werden. Es geht nicht nur um legitime Gegenrede, sondern um Niederschreien und persönliche Diffamierung. Besonders seit der Migrationsdebatte hat sich das verstärkt.

Wie äußert sich das konkret?

Wer offene Grenzen befürwortet, gilt als Menschenfreund. Wer Begrenzung fordert, muss sich rechtfertigen und wird schnell als "Rassist" abgestempelt. Das schreckt viele ab. Natürlich darf man alles sagen – aber man zahlt einen Preis: Ansehen, Freundschaften, das eigene Bauchgefühl.

Kritiker sagen, Sie profitieren von dieser Erzählung, etwa durch Ihr Buch und Ihre Reichweite.

Das Buch handelt nicht nur von Meinungsfreiheit, sondern auch von einer linken Dominanz im medialen Diskurs. Ja, es gibt konservative Medien wie die "Welt" oder "NZZ", aber in der Gesamtschau überwiegt eine linke Perspektive. Alternative Medien wachsen, weil vieles nicht abgebildet wird – auch wenn dort oft Stimmung gemacht wird. Und ja, ich profitiere davon, aber der Verlag kam auf mich zu, nicht umgekehrt.

Aber Sie wissen schon, dass Provokation Aufmerksamkeit bringt?

Sicher. Es gibt eine Nachfrage nach jungen, weiblichen Konservativen. Ich bin keine AfD-Wählerin, und wer meine Texte kennt, weiß das. Wenn ich durch mein Konservativsein ins Gespräch komme, ist das für meine Arbeit hilfreich.

Haben Sie Ihre politische Einstellung bewusst für Ihre Karriere benutzt?

Es hat schon Türen geöffnet. Ich habe über soziale Medien Reichweite aufgebaut. Manche Tweets waren unklug, aber es wäre feige, sie zu löschen – Screenshots gibt es ohnehin. Die Diskussion entwickelt sich weiter, und ich stehe zu meinen früheren Aussagen. Ohne diese Sichtbarkeit hätte ich wahrscheinlich keine Kolumne beim "Focus" bekommen.

Sie polarisieren also bewusst, um im Gespräch zu bleiben?

Ja, im richtigen Maß. Was ich schreibe, liegt Welten entfernt von echtem Rechtspopulismus. Das stelle ich auch fest, wenn ich mir Schlagzeilen durchlese von irgendwelchen einschlägigen,

rechtspopulistisch angehauchten Portalen. Das geht mir häufig zu weit. Natürlich überlege ich auch, mit welchen Leuten ich mich anlege. Man sagt zwar, zwischen den Stühlen sei der beste Platz. Das stimmt oft, aber wenn der Shitstorm kommt, steht man am Ende ziemlich allein da. Es gibt Leute, die wollen mich gezielt wegmobben.

Aber Sie fordern doch selbst, dass man seine Meinung sagt – auch wenn es unangenehm wird.

Ja, nur ist das Risiko real. Selbst völlig legitime konservative Positionen könnten Aufträge gefährden. Meine Arbeitgeber könnten sagen: "Jetzt ist Schluss." Oder ich werde einfach bei Veranstaltungen nicht mehr eingeladen, Verlage lassen lieber die Finger von mir.

Das heißt, Sie wählen schon genau aus, was Sie sagen und womit Sie hinterm Berg halten?

Ich muss schauen, wenn ich zu irgendeinem Thema eine sehr provokante Meinung habe und weiß, dass das gerade gar nicht von der Mehrheit mitgetragen wird, dass ich das nicht öffentlich sage. Ich weiß, dass da das Verständnis überall fehlt. Das könnte dann auch auf mich zurückfallen. Vielleicht war es schon immer so, dass du dich bei manchen Dingen selbst zensierst. Wenn Sie ein Beispiel wollen, wo ich bislang eher zurückhaltender war: Bei Feminismus habe ich oft eine andere Meinung als andere konservative Frauen.

Zum Beispiel?

Ich hasse es, wenn Konservative sagen, man müsste als Frau Kinder haben. Wenn ich jetzt aber prominent in einer meiner Kolumnen sagen würde, dass ich dafür kein Verständnis habe, dann wäre diese ganze rechte Bubble sauer auf mich. Ich bin absolut keine Verfechterin eines traditionellen Frauenbildes.

Man könnte sagen, Sie biedern sich den Konservativen an.

Ich bin nicht in der Position eines Jan Böhmermann, der unangreifbar ist und auch mal überziehen kann. Ich muss abwägen, wen ich mir zum Feind mache – und ob es den Preis wert ist.

Hat sich Ihr Blick auf das Öffentlich-Rechtliche verändert, seitdem Sie selbst Teil davon sind?

Ich habe mich als ziemliche Verfechterin des Öffentlich-Rechtlichen auf das Volontariat beworben – das war vor der Corona-Zeit. Da hatte ich so gut wie gar keinen kritischen Punkt. Ich fand die öffentlich-rechtlichen Programme toll. Ich wollte immer Radio, Fernsehen und Onlineinhalte gestalten, alles auf einmal und mich nicht entscheiden

müssen. Die ARD-Welt ist auch eine Riesenspielwiese, du kannst dich an unendlich vielen Stellen ausprobieren.

Und wie war es dann, als Sie wirklich dort angefangen haben zu arbeiten?

Wenn man einmal beim Arbeitgeber ist, sieht man natürlich auch die Stellen, die nicht so schön sind – das ist überall so. Gerade während Corona habe ich damit gehadert, dass insgesamt zu wenig kritisch hinterfragt wurde. Das betrifft alle Medien: Der Umgang mit Maßnahmen oder Impfungen war nicht immer richtig. Klar, man hatte immer im Kopf, dass zu viel Kritik die Zustimmung der Bevölkerung untergraben könnte. Aber trotzdem: Man hätte mehr hinterfragen müssen. Da ist für mich die Distanz zur Regierungspolitik verloren gegangen. Wir haben uns in einer Krise befunden. Gesundheitsschutz war gerade so enorm wichtig, und wir als Medien haben uns dann zu sehr daran angepasst. Wir glaubten, wir müssten diese Maßnahmen in die Welt hinaustragen und die Solidarität fordern.

Trotzdem glauben Sie noch an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk?

Ja, absolut. Gerade weil die Medienlandschaft immer stärker zersplittert – es gibt unzählige alternative Medien, Influencer und Podcasts – halte ich das Konzept für wichtig. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat den Anspruch, alle Menschen zu erreichen. Das ist so etwas wie der Kitt der Gesellschaft: ein Ort, an dem jeder etwas findet.

Wird er das in Zukunft weiter sein?

Die Konkurrenz wird wachsen. Wir müssen sehen, ob die Reichweiten halten. Aber das Grundprinzip ist für mich unverzichtbar.

Was bedeutet diese Zersplitterung für den Journalismus?

Sie macht ihn nicht besser. Viele Influencer betreiben Aktivismus, keinen Journalismus. Es fehlt an Faktenprüfung, an ausgewogener Darstellung. Man trimmt Inhalte auf eine Linie, um Fans zu gewinnen – das hilft der Gesellschaft nicht. Wer den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen will, sollte die Folgen bedenken.

Viele stören sich am Rundfunkbeitrag.

Ich bin kein Fan einer Abschaffung. Aber sparen kann man immer – da fehlt manchmal der Wille, genauer hinzusehen. Natürlich ist der Beitrag höher als ein Netflix-Abo, und ich verstehe, wenn junge Menschen, die nur der "Tagesschau" auf Instagram folgen, das

hinterfragen. Trotzdem: Der Markt würde Nischenangebote nicht tragen, die wir abbilden.

Wie reagieren Kollegen, wenn Sie die Öffentlich-Rechtlichen kritisieren?

Intern kam das nicht immer gut an. Es gibt Leute, die mich nicht mögen. Ich halte das Konstrukt für wichtig, aber das heißt nicht, dass ich jedes Detail gutheißen muss.

Sie fordern mehr Meinungsvielfalt, haben aber selbst ein Format im Öffentlich-Rechtlichen.. Wie passt das zusammen?

Das Format gibt es noch nicht lange. Und bisher gab es nur drei Folgen, im Abstand von mehr als einem Monat. Der Weg dorthin war außerdem lang – schon vor anderthalb Jahren begann das Prozedere. Mein Einstieg war ein Kommentar zum Gendern im "Mittagsmagazin". Als junge Frau konnte ich das leichter sagen, ohne die volle Breitseite abzubekommen, wie es bei einem älteren Kollegen wohl der Fall gewesen wäre. Manche im Haus fanden auch, dass man solchen konservativeren Positionen Raum geben müsse.

Sie haben sich schon mehrfach öffentlich gegen das Gendern ausgesprochen. Wie können Sie einerseits mehr Sichtbarkeit für konservative Themen fordern und gleichzeitig so vielen Menschen eine Sichtbarkeit in der Sprache absprechen?

Weil ich finde, dass wir bereits eine sehr inklusive Sprache haben.

Ach ja?

Man verschlimmert das Ganze nur, wenn man damit anfängt. Wenn man bestimmten Gruppen ein Sternchen zuschreibt, dann kommen immer wieder andere und sagen, sie fühlen sich auch nicht angesprochen. Ich frage mich, wohin das führt. Die Sprache zersplittert immer mehr in weitere Untergruppen. Warum können sich nicht einfach alle angesprochen fühlen, wenn wir sagen: Lehrer, Journalisten, Verkäufer? Warum können wir uns nicht darauf einigen, dass dieses Wort für alle allgemein ist? Selbst mit Lehrerinnen und Lehrern fühlen sich wieder Menschen auf den Schlips getreten, weil sie weder Frau noch Mann sind.

Dann könnte man ja auch einfach das generische Femininum nehmen, oder?

Sie wollen mich ärgern, oder? Also, Entschuldigung, aber ich denke mir dann: Was bringt den Frauen das denn?

Sie schreiben also lieber bestimmten Gruppen eine Sichtbarkeit ab, wenn es zu anstrengend wird?
Aber wer bestimmt denn diese Entwicklung gerade in der Sprache? Kommt es wirklich von unten? Von den "normaleren Menschen", die tagtäglich zur Arbeit gehen und dann irgendwie ihr Leben auf die Kette kriegen wollen? Oder kommt es von uns Journalisten, von Aktivisten, von einer sehr privilegierten Schicht? Das ist doch akademisches Herumdiskutieren. Viele Menschen schreckt das Thema Gendern ab. Es hat nichts mit ihrem Leben zu tun. Ich bin pragmatisch.
Was bedeutet das?
Ich will am Ende des Tages genauso viel verdienen wie ein Mann. Ich will nicht in Altersarmut rutschen. Das Problem vieler Frauen ist, dass ihnen das Selbstbewusstsein fehlt. Sie verkaufen sich unter Wert. Sie sind brav und wollen nicht anecken. Ich nicht, zumindest nicht mehr. Ich sage, was ich denke, und ignoriere Harmoniezwänge. Ich bin daher auch irgendwie eine Feministin! Natürlich will ich beruflich vorankommen. Ich spiele auch mit dem Risiko und kann es mir schnell versauen. Ansonsten gehen vor allem Männer ins Risiko. Für mich erklärt das vieles, etwa, dass sie viel öfter in Führungspositionen sind.
Dem könnte man entgegenwirken, indem man ihnen schon von klein auf das Gefühl gibt, sichtbar zu sein. Man könnte zum Beispiel damit anfangen, sie in der Sprache zu integrieren.
Frauen müssen von klein auf Selbstvertrauen entwickeln. Sprache allein schafft das nicht. Die Realität ist, dass viele Frauen in Care-Berufen arbeiten, weil es sozialisiert und vielleicht auch zum Teil in die Wiege gelegt ist, nicht, weil wir sie sprachlich unsichtbar machen. Sprache ist nur ein Werkzeug, nicht das entscheidende Mittel.
Und doch ist die Frage: Beeinflusst die Sprache die Gesellschaft oder die Gesellschaft die Sprache?
Beides, denke ich. Sprache reflektiert Gesellschaft, sie kann auch Einfluss haben. Aber wenn wir sie künstlich ändern, um Denken zu steuern, ist das übergriffig. Gendern mag einigen helfen, aber der Eingriff ist unverhältnismäßig.
Unter welchen Umständen würden Sie selbst gendern?
Wenn es sich etabliert hat und im normalen Sprachgebrauch angekommen ist, nutze ich es auch. Dann ist es Gewohnheit. "Studierende"

statt Studenten – das passiert mir manchmal versehentlich automatisch, und irgendwann fällt es einem gar nicht mehr auf.

Sie schreiben in Ihrem neuen Buch, dass Sie "beim Lesen von manchen Artikeln und beim Schauen von Fernsehbeiträgen innerlich regelrecht aggressiv" werden. Haben Sie ein Aggressionsproblem?

Ich glaube nicht. Ich bin eigentlich eine sehr friedliebende Person und könnte keiner Fliege etwas zuleide tun. Aber ich glaube, es geht vielen so, dass wenn sie sich was anschauen und glauben, dass das ungerecht ist, sie sich sehr ärgern.

Bei welchen Beiträgen ergeht es Ihnen denn so?

Wenn ich zum Beispiel glaube, eine Position kommt nicht ausgewogen genug vor. Wenn ich das Gefühl habe, etwas wird komplett weggelassen, was ein wichtiger Fakt gewesen wäre, oder was dem Ganzen ein anderes Gewicht geben würde, dann machen mich solche Beiträge wirklich aggressiv. Hasskommentare im Netz zum Beispiel kommen sehr schnell zustande, wenn Leute sich über die Unausgewogenheit oder die gefühlte Ungerechtigkeit aufregen. Das erklärt für mich also manchen fiesen Kommentar, kann ihn aber selbstverständlich nicht entschuldigen.

Frau Ruhs, vielen Dank für das Gespräch!

t-online Artikel zu Julia Ruhs vom 17.09.2025

Streit um ARD-Format: NDR verzichtet künftig auf Julia Ruhs als Moderatorin von "Klar"

Innerhalb des NDR soll es einen internen Konflikt um das Format "Klar" samt Moderatorin Julia Ruhs gegeben haben. Nun hat der Sender Konsequenzen gezogen.

Der Norddeutsche Rundfunk (NDR) hat offenbar entschieden, Moderatorin Julia Ruhs nicht mehr in ihrem Format "Klar" einzusetzen, wie "Welt" berichtet. Dieser Beschluss markiert einen weiteren Höhepunkt in einem internen Machtkampf, der seit der Einführung der neuen ARD-Reportage-Reihe in diesem Frühjahr schwelt. Die Sendung, die gemeinsam von NDR und Bayerischem Rundfunk (BR) produziert wird, hat bereits für viel Aufsehen gesorgt.

Gleich die erste Folge des Formats mit dem Titel "Migration – Was falsch läuft" geriet ins Kreuzfeuer Jan Böhmermann kritisierte die Sendung in seiner Show "ZDF Magazin Royale" als "rechtspopulistischen Quatsch", während der Verein Neue deutsche Medienmacher:innen sie als einen "Tiefpunkt in der Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks" bezeichnete.

NDR-Personal lehnt sich gegen eigenes Format auf

Denn dort soll es massiven Widerstand gegen das konservative Reportage-Magazin und Ruhs gegeben haben. 250 NDR-Beschäftigte hätten sich in einem offenen Brief von der Sendung distanziert, so die "Welt". Das Format solle zwar fortgesetzt werden, Ruhs aber künftig kein Teil der NDR-Produktion mehr sein. Die Verantwortlichen planten, dass die 31-Jährige nur noch für jene Aufgaben vor der Kamera stehen soll, die vom BR produziert werden.

t- online zum Fall ‚Julia Ruhs und der Öffentlich-rechtliche Rundfunk' vom 18.09.2025

Erster Artikel:

Fall Julia Ruhs: In der Union stellen erste die Gebührenfrage:

Von afp, dpa, t-online, pri

Nach nur drei Folgen setzte der NDR das Format "Klar" der Journalistin Julia Ruhs ab. Mit der Begründung, es sei zu kontrovers. CDU-Generalsekretär Linnemann stellt nun die Gebührenfrage.

Moderatorin Julia Ruhs hat ihre politische Einstellung so beschrieben: "Ich bin keine AfD-Wählerin, und wer meine Texte kennt, weiß das. Wenn ich durch mein Konservativsein ins Gespräch komme, ist das für meine Arbeit hilfreich". Das erklärte sie zuletzt im Interview mit t-online.

Ruhs, 31, moderiert die TV-Sendung "Klar", die Themen aus einer liberal-wertkonservativen Sicht beleuchtet. Nach nur drei Sendungen stieg der Norddeutsche Rundfunk (NDR) aus dem Format aus. Der Bayerische Rundfunk führt das Sendeformat zwar fort, aber die Emotionen sind hochgekocht. "Und jetzt? Wurden all die Vorurteile, die sie im Bezug auf die Meinungsvielfalt schon hatten, bestätigt", twitterte Ruhs. In der Politik entfachte der Fall eine Grundsatzdebatte über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann reagierte mit scharfer Kritik. "Das ist ein neuer Tiefpunkt in Sachen Debattenkultur in Deutschland", sagte Linnemann am Donnerstag dem privaten Fernsehsender "Welt". Es sei "bitter", wenn im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Mitarbeiter ausgeschlossen werden, weil sie als zu konservativ eingestuft würden.

Linnemann stellt die Gebührenfrage

Linnemann forderte finanzielle Folgen. "Ich finde, man muss jetzt beispielsweise klar sagen, wir frieren die Gebühren auf dem jetzigen Niveau bis auf Weiteres ein, damit endlich Druck entsteht, damit Reformen passieren", sagte er.

Auch Jens Spahn, Chef der Unionsfraktion im Bundestag, übte Kritik. Er nannte die Entscheidung des NDR "sehr problematisch". Meinungsvielfalt gehöre zu den zentralen Aufgaben des öffentlich-

rechtlichen Rundfunks: "Wird diese Freiheit eingeschränkt, ist der gebührenfinanzierte Rundfunk nicht mehr in der Lage, die Probleme unserer Gesellschaft anzusprechen und bekommt ein Rechtfertigungsproblem."
Der NDR nannte zunächst keine Begründung für die Entscheidung, die auch in den sozialen Medien deutliche Kritik auslöste. Unmut kam auch vom liberalen Flügel der Union. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) kritisierte den NDR. Dieser "erweist sich mit solchen Entscheidungen einen Bärendienst. Denn Menschen, die den demokratischen Parteien entgleiten, fühlen sich dadurch bestätigt."
Günther war eigentlich als Gast einer Festveranstaltung anlässlich des NDR-Intendantenwechsels von Joachim Knuth zu Hendrik Lünenborg angekündigt, nahm daran jedoch nicht teil. Zu den Gründen dafür wurde offiziell nichts bekannt. Eine der Moderatorinnen der Festveranstaltung, Caren Miosga, führte terminliche Gründe an. Nach Informationen der Plattform "Politico" besuchte Günther demonstrativ eine Lesung von Ruhs.
Die erklärte ihren Unterstützern auf der Plattform X: "Ihr dürft jedoch noch Hoffnung in den Bayerischen Rundfunk haben. Wir werden weiterhin das machen, was beim NDR offenbar unmöglich ist."
Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU), gelernter Journalist, stützte den Bayerischen Rundfunk (BR) und schrieb auf X: "Das ist kein gutes Signal für die Meinungsfreiheit, Pluralität und Toleranz im öffentlich-rechtlichen NDR." Konservative Stimmen gehörten zum demokratischen Meinungsspektrum, "auch wenn das einigen Linken nicht gefällt".

NDR wirkt hilflos

Eine NDR-Sprecherin ging in der Nacht zum Donnerstag lediglich auf die Bedeutung der Sendung ein: "Dem NDR ist Perspektivenvielfalt im Programm wichtig. Deswegen hat der Sender das Format "Klar" entwickelt und gemeinsam mit dem Bayerischen Rundfunk ins Leben gerufen", teilte sie der Deutschen Presse-Agentur mit.
Die drei Pilotfolgen von "Klar" liefen im April, Juni und Juli in Kooperation von NDR und BR. Die Sendung stieß in der Vergangenheit mehrfach auf Kritik. So äußerten sich etwa der ZDF-Moderator Jan Böhmermann und ARD-Journalistin Anja Reschke öffentlich zu einzelnen Inhalten. Besonders die Auftaktsendung zur Migration

erregte Aufsehen – Ruhs hatte unter anderem über Gewalt im Zusammenhang mit Einwanderung berichtet.
Der NDR will das Format nach eigenen Angaben mit einem eigenen Team weiter betreiben. Die Frage der Moderation ist noch unklar.

<u>Zweiter Artikel:</u>

Ministerpräsident kritisiert Absetzung von Ruhs "extrem schlechtes Signal"
Von dpa
Nach nur drei Pilotfolgen setzt der NDR Moderatorin Julia Ruhs bei "Klar" ab. Ministerpräsident Günther spricht von einem "extrem schlechten Signal".
Der NDR setzt die umstrittene Moderatorin Julia Ruhs nicht mehr in dem Format "Klar" ein – Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther hat das nun deutlich kritisiert. Es sei "ein extrem schlechtes Signal", nach nur drei Pilotprojekten auf sie zu verzichten, sagte der CDU-Politiker am Abend in Kiel. Es sei hingegen ein gutes Zeichen gewesen, Ruhs bei diesem Format einzusetzen.
Günther äußerte sich bei einer Veranstaltung der Hermann Ehlers Akademie "Debatte erwünscht? Meinungsvielfalt und Medienkultur", wo Ruhs auch ihr neues Buch "Links-grüne Meinungsmacht – Die Spaltung unseres Landes" vorstellte.
Günther war eigentlich als Gast der Festveranstaltung anlässlich des NDR-Intendanten-wechsels von Joachim Knuth zu Hendrik Lünenborg angekündigt, nahm jedoch an der sogenannten Staffelübergabe am Abend in Hamburg nicht teil. Zu den Gründen dafür wurde offiziell nichts bekannt. Eine der Moderatorinnen des Abends, Caren Miosga, führte terminliche Gründe an.
Auftaktsendung zu Migration hatte für Aufsehen gesorgt
Die drei Pilotfolgen von "Klar" liefen im April, Juni und Juli in Kooperation von NDR und BR. Für 2026 sind weitere Ausgaben geplant. Die Sendung – die unregelmäßig ausgestrahlt wird – soll Streitfragen aufgreifen, die in der Mitte der Gesellschaft kontrovers diskutiert werden, und verschiedene Perspektiven dazu zeigen.
Die Sendung stieß in der Vergangenheit mehrfach auf Kritik. So äußerten sich etwa der ZDF-Moderator Jan Böhmermann und

Journalistin Anja Reschke öffentlich zu einzelnen Inhalten. Besonders die Auftaktsendung zur Migration sorgte für Aufsehen – Ruhs hatte dort unter anderem über Gewalt im Zusammenhang mit Einwanderung berichtet.
Der NDR hat für seine Entscheidung keine Begründung abgegeben. Wer die Ausgaben des NDR präsentieren soll, steht noch nicht fest. Ruhs bleibt aber Teil des Moderationsteams für die Folgen, die der Bayerische Rundfunk (BR) produziert. Das teilten NDR und BR gemeinsam mit.

Günther: Meinungsvielfalt muss garantiert sein

Günther sagte auf der Veranstaltung in seiner Grußbotschaft, er wolle auch ein Zeichen setzen – als ein CDU-Ministerpräsident und als jemand, der immer wieder dafür stehe, "dass wir den politischen Diskurs, gerade unter demokratischen Parteien, positiv führen sollten, dass wir miteinander im Gespräch sind, dass man andere Meinungen akzeptieren sollte, dass man auch andere demokratische Parteien akzeptieren sollte".
Diskurs bedeute aber auch, "dass es eine Bandbreite gibt, die eben auch dargestellt werden muss", betonte Günther. Entsprechend wichtig sei es, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk diese Meinungsvielfalt auch wirklich darstellt und garantiert. Im Gegensatz zum NDR habe sich der Bayerische Rundfunk richtig entschieden. "Und ich finde, (...) der Norddeutsche Rundfunk, sollte sich davon lieber eine Scheibe abschneiden", sagte Günther.
Mit seiner bisherigen Entscheidung erweise sich der NDR einen Bärendienst, weil genau das getan werde, wodurch sich Menschen bestätigt fühlten, die den demokratischen Parteien zu entgleiten drohten, sagte der CDU-Politiker. "Und deswegen wäre mein Wunsch schon, dass man mal ein bisschen guckt: Wie hat sich der Bayerische Rundfunk dazu aufgestellt? Gibt es vielleicht auch andere Möglichkeiten an der Stelle?", sagte Günther.

Auch Moderatorin Ruhs kritisiert Entscheidung

Ruhs reagierte auf die Entscheidung ihrer Absetzung ebenfalls mit deutlicher Kritik. "Mein 'Klar'-Team und ich persönlich haben unglaublich viel Zuspruch für unser Format bekommen, von Menschen, die eigentlich schon das Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die dortige Meinungsvielfalt verloren haben", sagte sie der Deutschen Presse-Agentur. "Wir haben also das geschafft, wovon

die Sender immer träumen – eine verlorene Zielgruppe zurückzugewinnen."
Trotzdem habe sich der NDR entschieden, sie von dem Format auszuschließen. "Das ist für mich und mein Team absolut unverständlich, schadet dem Ruf des ÖRR insgesamt, und ich glaube, die Verantwortlichen im NDR werden in einiger Zeit merken, was für ein großer Fehler das war."
Auch Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig mahnte die Bedeutung von Meinungsfreiheit und -vielfalt an. Diese seien ein sehr, sehr hohes Gut, sagte die SPD-Politikerin bei der sogenannten Staffelübergabe im NDR. In dem Sender kam es am Mittwoch zu einem Führungswechsel: Ex-Intendant Joachim Knuth übergab sein Amt an den neuen NDR-Intendanten Hendrik Lünenborg. Diesem schrieb Schwesig gleich mal ins Stammbuch: "Alle können ihre Meinung sagen, aber man muss auch die andere Meinung aushalten", so die SPD-Politikerin.

t- online zum Fall ‚Julia Ruhs und der Öffentlich-rechtliche Rundfunk' vom 19.09.2025:

"Höchstproblematisch": Reichinnek kritisiert NDR für Ruhs-Rausschmiss

Die Absetzung des Formats "Klar" von Julia Ruhs beim NDR entfacht weiterhin Debatten. Die Linken-Politikerin Heidi Reichinnek bezieht dazu klar Stellung.

Der Norddeutsche Rundfunk (NDR) hat sich von der Journalistin Julia Ruhs getrennt und damit eine öffentliche Debatte ausgelöst. Ruhs wird ihr Format "Klar" künftig nur noch beim Bayerischen Rundfunk (BR) moderieren, beim NDR hingegen nicht mehr.

Nun hat die Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, Heidi Reichinnek, die Absetzung der NDR-Sendung deutlich kritisiert. Im "Spiegel" sagte sie: "Es ist halt wirklich hochproblematisch, wenn auf Druck von irgendeiner Seite etwas abgesetzt wird."

Reichinnek räumte zwar ein, sie habe die Sendung selbst "sehr schlecht" gefunden. Es sei aber falsch, politische oder wirtschaftliche Einflussnahme auf die Medien zuzulassen. Sie betonte: "Medien haben nicht die Aufgabe, Meinung zu machen. Sie sollen Austausch und Information ermöglichen, möglichst neutral, damit die Leute auch was davon mitnehmen."

Reichinnek warnte zudem vor einer zunehmenden Bedrohung der Pressefreiheit in den USA. So bezeichnete sie den mutmaßlichen politischen Druck durch Donald Trump auf den US-Sender ABC zur Absetzung der Jimmy-Kimmel-Show als "sehr bedenkliche Entwicklung". Sie betonte die Rolle der Medien als unabhängige Kontrollinstanz. Medien müssten faktenbasiert arbeiten, Quellen nennen und mit Gesprächspartnern neutral umgehen.

Was wurde an dem Format kritisiert?

Die Sendung erregte in der Vergangenheit mehrfach Unmut. So äußerte sich etwa NDR-Journalistin Anja Reschke in ihrer eigenen Sendung öffentlich zu einzelnen Inhalten. Besonders die Auftakt-sendung zur Migration rief Aufsehen hervor – Ruhs hatte dort unter anderem über Gewalt im Zusammenhang mit Einwanderung berichtet. In dem Zusammenhang sprach ZDF-Moderator Jan Böhmermann von "rechtspopulistischem Quatsch", ohne sich auf eine konkrete Aussage zu beziehen.

Bereits Monate vor der Trennung des Norddeutschen Rundfunks (NDR) von der Journalistin Julia Ruhs sollen sich fast 250 Mitarbeiter mit einem an Geschäftsführung, Programmdirektion und Chefredakteure gerichteten Schreiben von dem Format "Klar" und insbesondere der Auftaktsendung distanziert haben. Darin heißt es nach Angaben mehrerer Mitarbeiter des NDR, dass die Auftaktsendung zu Migration einer "Reihe von Grundsätzen unserer journalistischen Arbeit" und dem "öffentlich-rechtlichen Auftrag gemäß NDR-Staatsvertrag" nicht nachkomme. "Wir distanzieren uns von dieser Produktion und wünschen uns eine Aufarbeitung der Entscheidungen, die dazu geführt haben, dass dieser Film so über den Sender gegangen ist." Zuvor hatte die "Welt" über den Brief berichtet.
Gleichzeitig hat "Klar" nach Angaben von NDR und BR hohe Akzeptanzwerte. In einer repräsentativen Online-Studie im Auftrag des NDR hätten 63 Prozent der Befragten der Sendung die Schulnoten 1 oder 2 gegeben. Das Format bediene den Wunsch nach Meinungsvielfalt sowie klarer Haltung.

Weitere Reaktionen aus der Politik

Rückendeckung bekam Ruhs auch von anderen Politikern. Unionsfraktionschef Jens Spahn etwa kritisierte die Entscheidung des NDR als "sehr problematisch". Auf der Plattform X schrieb er, dass Meinungsvielfalt eine der Hauptaufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei.
Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) sprach von einem „extrem schlechten Signal“. Bayerns Regierungschef Markus Söder (CSU) schrieb auf der Plattform X: "Das ist kein gutes Signal für die Meinungsfreiheit, Pluralität und Toleranz im öffentlich-rechtlichen NDR." Konservative Stimmen gehörten zum demokratischen Meinungsspektrum, "auch wenn das einigen Linken nicht gefällt".
Medienstaatsminister Wolfram Weimer warnte den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vor einem Akzeptanzverlust. "Wir haben in weiten Teilen der Bevölkerung den Eindruck, dass die öffentlich-rechtlichen Sender politisch einseitig berichten", sagte er dem Fernsehsender Welt auf eine Frage zu Ruhs. "Und das ist ein Problem, weil die Öffentlich-Rechtlichen von großer Akzeptanz leben."
Bundesfinanzminister Lars Klingbeil, der am Abend eine Veranstaltung des Axel-Springer-Verlages besuchte, sprach sich auf die Frage,

wie er zur Causa Ruhs stehe, für Vielfalt im deutschen Fernsehen aus. "Ich finde, wir müssen aushalten, dass es unterschiedliche Meinungen gibt, dass es kontroverse Meinungen gibt. Und das muss sich alles auch in den Medien, die wir konsumieren, widerspiegeln, und da bin ich immer dafür, dass man auch Dinge aushält, die man vielleicht nicht politisch teilt, aber das macht unsere Demokratie reicher", sagte der SPD-Politiker.